

Zeitschrift für

# VERKEHRSS- RECHT

ZVR

50 Jahre  
StVO

Redaktion **Karl-Heinz Danzl, Christian Huber,  
Georg Kathrein, Gerhard Pürstl**

**Juli/August 2010**

225 – 276

**07**  
**08**

## Schwerpunktbeiträge

### **50 Jahre StVO**

**50 Jahre StVO – Ein Rück- und Überblick** *Armin Kaltenegger* ➔ 228

**Zum 50. Geburtstag alles klar?** *Gerhard Pürstl* ➔ 233

**Bemerkungen zur Gesetzgebungstechnik  
der StVO** *Robert Dittrich* ➔ 240

**Braucht Österreich eine neue Straßenverkehrsordnung?**  
*Hugo Haupfleisch* ➔ 243

**Die aktuelle Rechtsprechung des VfGH zur  
Straßenverkehrsordnung** *Martin Hiesel* ➔ 250

## Rechtsprechung

### **Vorbeifahrverbot an anhaltendem Schulbus schützt auch den Lenker** ➔ 260

**Angehörigenschmerzensgeld unter Geschwistern**  
*Christian Huber* ➔ 261

**Angehörigenschmerzensgeld bei schwerer Verletzung des Unfallopfers**  
*Georg Kathrein* ➔ 264

## Judikaturübersicht Verwaltung

**Vertrauenswürdigkeit, fünfjähriger durchgehender Besitz  
einer Lenkberechtigung kein zwingendes Kriterium** ➔ 273

**Gefahrengut-Mängelkatalog, lediglich Charakter  
einer Empfehlung** ➔ 274

# 50 Jahre StVO

## Ein Rück- und Überblick

ZVR 2010/110

StVO

Straßenpolizei-  
ordnung;Straßenpolizei-  
gesetz;Straßenverkehrs-  
ordnung

Im Juli 1960 wurde die StVO verlautbart, ehe sie am 1. 1. 1961 in Kraft getreten ist. Mit ihrem mittlerweile 50-jährigen Bestand hat sie hinsichtlich Nachhaltigkeit nicht nur alle Vorgängerregelungen in den Schatten gestellt, sondern auch in zahllosen Novellen ihre Anpassungsfähigkeit an den technischen und juristischen Fortschritt bewiesen.

Von Armin Kaltenegger<sup>1)</sup>

### Inhaltsübersicht:

- A. Einleitung
- B. Entstehungsgeschichte
- C. Die Änderungen der StVO 1960 im Zeitraffer
- D. Tabellarische Fundstellenübersicht

### A. Einleitung

Wie bei kaum einer anderen Rechtsquelle wurde das Schicksal der StVO von der ZVR begleitet und gewiss wesentlich beeinflusst, besteht doch die ZVR sogar ein wenig länger als die StVO, nämlich seit 1956. Eine nicht enden wollende Reihe namhafter Autoren hat sich seither mit Interpretation einzelner Bestimmungen und Entscheidungen, Kritik an Regelungen, Überblicken und Systemanalysen sowie Reformvorschlägen zur StVO eingestellt. Das runde Jubiläum gibt Anlass genug für einen umfassenden Überblick, der Lesern in Zukunft den Rückblick erleichtern soll.

### B. Entstehungsgeschichte

Erste Ansätze eines sich notwendigerweise entwickelnden Straßenpolizeirechts<sup>2)</sup> finden sich etwa 1801<sup>3)</sup> und 1825<sup>4)</sup> in landesrechtlichen Normen, die das Schlafen der Fuhrleute auf Wagen auf der Straße oder das Lenken von Fuhrwerken durch Kinder verbieten. Freilich beschränkten sich die Bestimmungen naturgemäß auf Fußgänger, Reiter sowie Lenker von Fuhrwerken und waren geprägt von kasuistischer, lokal eingeschränkter Geltung. 1875 begann mit der nur für das Erzherzogtum Österreich unter der Enns geltenden „Straßenpolizeiordnung für die öffentlichen nicht ärarischen Straßen“ das Zeitalter systematischer Rechtsquellen für Straßenverkehrsrecht.<sup>5)</sup> Nach und nach kam es dann auch in anderen österreichischen Ländern zur Erlassung solcher Ordnungen. Erwähnenswert erscheint auch eine Radfahrordnung für Niederösterreich aus dem Jahr 1897,<sup>6)</sup> die dem Radfahrer in dem nun zunehmend dichter gewordenen Straßenverkehr eine klare Rechtsposition und Rechtsschutz geben möchte. Die Erfindung des Automobils im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts und dessen rasche Verbreitung auf den Verkehrswegen führte schließlich 1905 zur Erlassung einer für das ganze Reichsgebiet geltenden Automobilverordnung,<sup>7)</sup> die sowohl Kraftfahrrecht als auch Straßenpolizeirecht umfasste.

1920 erhielt Österreich seine neue Verfassung,<sup>8)</sup> die in ihren Kompetenzbestimmungen das Straßenwesen in Gesetzgebung und Vollziehung den Ländern zuwies, ausgenommen Bundesstraßen, diese waren Bundessache in Gesetzgebung und Vollziehung. In der Folge kam der Bund seinen Verpflichtungen durch die „Straßenpolizeiordnung für Bundesstraßen“ nach (dort war noch die Linksfahrordnung für ganz Österreich, mit Ausnahme Vorarlbergs, vorgesehen!), während die Länder mit der Neugestaltung des Straßenverkehrsrechts aber zunehmend in Verzug gerieten und deshalb weiterhin Rechtsvorschriften anzuwenden waren, die aus Zeiten vor Erfindung und Verbreitung des Automobils stammten.<sup>9)</sup> Deshalb erarbeiteten die Länder 1923 eine sog. „Muster-Straßenpolizeiordnung“, die als Vorbild für landesgesetzliche Aktivitäten dienen sollte. Diese Vorgehensweise war auch maßgebend für das Schicksal der einschlägigen Kompetenzbestimmungen im Rahmen der B-VG-Novelle 1925,<sup>10)</sup> mit der zwar die Gesetzgebung und Vollziehung für Bundesstraßen beim Bund verblieb, hinsichtlich aller anderer Straßen aber die Grundsatzgesetzgebung dem Bund, die Ausführungsgesetzgebung und Vollziehung den Ländern zugewiesen wurden. Diese neue Verteilung der Zuständigkeiten überdauerte auch die Novelle 1929 und die anschließende Neuerlassung<sup>11)</sup> des B-VG. Nun erst kam es zu einer Veröffentlichung des entsprechenden Grundsatzgesetzes,<sup>12)</sup> das eine weitestgehend einheitliche und abgestimmte Landes(ausführungsgesetzgebung auslöste.<sup>13)</sup> Ab 13. 3. 1938 galt dann über mehrere Jahre deutsches Recht, nach Wiederherstellung Österreichs als Staat

1) Besonderer Dank gilt Mag. Nikolaus Authried für seine Recherchetätigkeit und die redaktionelle Unterstützung.

2) Eine sehr frühe Definition der „Straßenpolizei“ findet sich in *Mischer-Ulbrich, Österreichisches Staatswörterbuch*<sup>2</sup> (1909) 962: „Sorge für die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf Straßen und Wegen“.

3) V der nÖ Regierung v 14. 7. 1801, Z 12.140.

4) V der kk nÖ Regierung v 26. 1. 1825, Z 3.423.

5) Siehe dazu sehr ausführlich *Nester, Das österreichische Straßenverkehrsrecht*, ZVR 1961, 150.

6) V d kk Statthalters im Erzherzogtume Österreich unter der Enns, LG- u VBI 1897/23.

7) V des Ministeriums des Inneren im Einvernehmen mit dem Finanzministerium betr die Erlassung sicherheitspolizeilicher Bestimmungen für den Betrieb von Automobilen und Motorrädern, RGGBl 1905/156.

8) BGBl 1920/1.

9) Siehe FN 5.

10) BGBl 1925/268.

11) BGBl 1930/1.

12) BG über die Grundsätze der Straßenpolizei, soweit sie sich nicht auf Bundesstraßen bezieht, BGBl 1929/438.

13) Mit dieser Grundsatzgesetzgebung wurde auch die Rechtsfahrordnung eingeführt, ursprünglich mit 1. 12. 1932, aufgrund von Umstellungsproblemen in den Ländern dann aber erst am 19. 9. 1938.

wurde dieses aber durch das Straßenpolizeigesetz 1946<sup>14)</sup> und die Straßenpolizeiordnung 1947<sup>15)</sup> ersetzt. Da dieser (neuerlichen) Grundsatzgesetzgebung aber keine Ausführungsgesetze der Länder folgten und eine Verfassungsbestimmung im Straßenpolizeigesetz<sup>16)</sup> bei Untätigkeit der Länder die ersatzweise Geltung des Straßenpolizeigesetzes samt dessen Verordnungen vorsah, galt vorübergehend für das ganze Bundesgebiet ein einheitliches Straßenpolizeirecht.

Gegen Ende der 1950er-Jahre wurde nun wiederum an einer Neufassung des Straßenpolizeigesetzes gearbeitet,<sup>17)</sup> aus der letztlich die noch heute geltende StVO entstehen sollte. Aus Anlass dieser Aktivitäten und geleitet von der Idee, den Kompetenztatbestand der Straßenpolizei den historischen Entwicklungen und den Erfordernissen der Gegenwart anzupassen, kam es zur neuerlichen Abänderung der Zuständigkeiten im B-VG.<sup>18)</sup> Gesetzgebung auf allen Straßen ist Bundessache, Landessache ist die Vollziehung (ebenfalls auf allen Straßen). Mit dieser Lösung war der Praxis Genüge getan, ebenso wie den bundesstaatlichen Prinzipien der Verfassung. Endlich wurde am 30. 7. 1960<sup>19)</sup> die Straßenverkehrsordnung 1960 – StVO 1960 – kundgemacht, sie trat am 1. 1. 1961 in Kraft. Damit wurde erstmals in der Geschichte des Straßenpolizeirechts der Straßenverkehr auf allen Straßen Österreichs durch bundesweit einheitliche Normen geregelt, ohne dass die Länder zu anderslautenden Ausführungsbestimmungen berechtigt gewesen wären.

### C. Die Änderungen der StVO 1960 im Zeitraffer

Nachfolgend eine Auswahl der interessantesten und bedeutendsten Änderungen der StVO gegliedert nach Novellen; auf eine gesamte Darstellung aller Neuerungen wurde aus Platzgründen verzichtet.

- **StVO-Stammfassung:** Neu ist vor allem der von der Rsp entwickelte Vertrauensgrundsatz als grds Regelungstechnik, die Einführung des Fußgängervorrangs beim Schutzweg, des Alkohollimits von 0,8 Promille und der Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h im Ortsgebiet sowie von Verhaltenspflichten bei Verkehrsunfällen.
- **StVO-Novelle 1964** (die erste Novellierung der StVO 1960): Der Begriff „Halten“ wird durch das Festlegen einer konkreten, bis heute unveränderten Zeitangabe geändert; Blutabnahmen zum Zweck der Feststellung des Blutalkoholgehalts sind fortan auch auf Aufforderung von nicht vorgeführten, freiwillig erschienenen Lenkern durchzuführen; das tangentiale Linkseinbiegen wird zum Grundsatz erhoben und die „Schulwegpolizei“ (Schulwegaufsichtsorgane) wird eingeführt.
- **3. StVO-Novelle:** Primärer Grund für die 3. StVO-Novelle ist die Umsetzung der durch ein Bundesverfassungsgesetz<sup>20)</sup> abgeänderten Bestimmungen hinsichtlich der Ortsgemeinden, eine umfangreiche Anpassung der Zuständigkeitsregelungen in §§ 94 ff wird vorgenommen. Eingeführt werden die Verkehrszeichen „Kennzeichnung eines Schutzweges“ und „Kreuzung mit Kreisverkehr“ und Organe der

Straßenaufsicht werden ermächtigt, Fahrzeuglenker zwecks Fahrzeugkontrolle oder in der Person des Lenkers gelegener Gründe zum Anhalten aufzufordern.

- **Änderung durch das Verkehrsrecht-Anpassungsgesetz:**<sup>21)</sup> Die Strafbestimmungen werden geändert, in Zukunft dürfen bei Übertretungen zunächst grundsätzlich nur Geldstrafen verhängt werden, erst bei wiederholter Übertretung kann zugleich eine Arreststrafe anstatt einer Geldstrafe verhängt werden.
- **5. StVO-Novelle:** Ausschließlicher Zweck dieser Novelle ist die gesetzliche Verankerung der noch heute gültigen Höchstgeschwindigkeiten auf Freilandstraßen und Autobahnen.
- **6. StVO-Novelle:** Einführung des „unsichtbaren Schutzwegs für Kinder“ (§ 29 a) und der Fußgängerzone.
- **9. StVO-Novelle:** Führt die Kurzparkzone ein.
- **10. StVO-Novelle:** Es handelt sich um eine der umfangreichsten Novellen, welche zB die Wohnstraße, den kombinierten Geh- und Radweg sowie das Reißverschlussystem mit sich bringt, während „Parkzonen für die Wohnbevölkerung“ nicht aus dem Entwurf übernommen wurden. Die Polizei hat nunmehr auf Verlangen auch bloße Sachschadenunfälle aufzunehmen und Einsatzfahrzeugen wird es künftig ua auch gestattet, bei rotem Licht in eine Kreuzung einzufahren.
- **13. StVO-Novelle:** Aufnahme der Zulässigkeit der Verwendung von „Alkomaten“ als beweisichere Methode zur Feststellung des Alkoholisierungsgrads; Bodenmarkierungen gelten nun als straßenbauliche Einrichtungen und sind vom Straßenerhalter entsprechend anzubringen.
- **15. StVO-Novelle:** Neu sind die Begriffe und Regelungen zur Radfahrerüberfahrt und zum Kinderfahrrad. Die im Initiativantrag noch enthaltene Abschaffung der Radwegebenutzungspflicht wird vom Verkehrsausschuss verworfen, aber das Vorbeischielagen von Radfahrern an stehenden Fahrzeugkolonnen wird gestattet, ebenso wie die freie Fahrstreifenwahl im Ortsgebiet für Kfz.
- **19. StVO-Novelle:** Diese als „Verkehrssicherheitsnovelle“<sup>22)</sup> bezeichnete umfangreiche Änderung brachte neben dem Recht auf verdachtslose Untersuchung der Atemluft von Lenkern auch noch die Einführung von Mehrzweckstreifen, der Schülerlotsen, eines bundesweit einheitlichen Radfahrausweises, des absoluten Vorrangs von Fußgängern auf Schutzwegen und der Zuständigkeit der Gemeinde im eigenen Wirkungsbereich zur Erlassung von Geschwindigkeitsbeschränkungen. Weiters wurde das

14) BGBl 1947/46.

15) BGBl 1947/59.

16) § 69.

17) So lautete auch noch der Titel der Regierungsvorlage, RV 22 BlgNR 9. GP 1.

18) BGBl 1960/148.

19) BGBl 1960/159.

20) BGBl 1962/205.

21) BGBl 1971/274.

22) *Stupperger*, Die 19. StVO-Novelle aus der Sicht der Verkehrssicherheit, ZfR 1994, 348.

Verhalten ggü Personen, die vom Vertrauensgrundsatz ausgenommen sind, definiert.

- **20. StVO-Novelle:** Aufnahme des Elektrofahrrads in den Fahrradbegriff, Neuordnung der Fahrradvorschriften und Einfügung einer V-Ermächtigung für die entsprechenden technischen Details.<sup>23)</sup> Rollschuhfahren wird explizit und umfassend geregelt; das mit der 15. StVO-Novelle eingeführte „Vorschlängeln“ zwischen haltenden Fahrzeugen wird auf alle einspurigen Fahrzeuge ausgedehnt und Fußgängern wird, sofern diese die Fahrbahn bereits betreten haben, aufgrund internationaler Abkommen der Vorrang gegenüber einbiegenden Fahrzeugen gewährt.
- **Änderung durch Bundesgesetz aus dem Jahr 2002:**<sup>24)</sup> Diese Novelle gliedert in die StVO ein Stufenmodell zum Nachweis der Suchtgiftbeeinträchtigung mit zwingender Blutabnahme ein.
- **Änderung durch Bundesgesetz aus dem Jahr 2005:**<sup>25)</sup> Es erfolgen Anpassungen aufgrund der Einführung des Vormerksystems im FSG.

→ **21. StVO-Novelle:** Das Straßenverkehrsrecht lässt nun auch Alkohol- und Speichelvortestgeräte sowie das sog „Handy-Parken“ zu.

→ **22. StVO-Novelle:** Eingefügt wird der 13. Abschnitt, der die datenschutzrechtlich erforderlichen Ermächtigungen für die Verkehrsüberwachung mittels bildverarbeitender technischer Einrichtungen (zB Section-Control, Radar, Abstandsmessung, Rotlichtüberwachung) enthält.

→ **Änderung der StVO durch Bundesgesetz aus dem Jahr 2009:**<sup>26)</sup> Neu ist ein abgestuftes System für Geldstrafen bei Geschwindigkeitsdelikten.

23) Fahrradverordnung BGBl II 2001/146.

24) BGBl I 2002/128.

25) BGBl I 2005/15.

26) BGBl I 2009/93.

#### D. Tabellarische Fundstellenübersicht

BGBl	Amtliche Bezeichnung	Ausgegeben am	Inkrafttreten wesentlicher Teile	Materialien
1960/159	Straßenverkehrsordnung 1960 – StVO 1960	30. 7. 1960	1. 1. 1961	RV 22, AB 240/9. GP
1963/228	Kundmachung über die Aufhebung des § 99 Abs 2 lit b StVO 1960 durch den VfGH	13. 9. 1963	14. 9. 1963	—
1964/204	StVO-Novelle 1964	13. 8. 1964	1. 10. 1964	RV 97, AB 495/10. GP
1965/229	2. StVO-Novelle	30. 7. 1965	31. 7. 1965	IA 155/A, AB 851/10. GP
1968/163	Kundmachung über die Aufhebung des ersten Halbsatzes des § 94 Abs 3 StVO 1960 durch den VfGH	15. 5. 1968	16. 5. 1968	—
1969/209	3. StVO-Novelle	27. 6. 1969	1. 10. 1969	RV 879, AB 1283/11. GP
1971/274	Änderung der StVO 1960 durch das Verkehrsrecht-Anpassungsgesetz 1971	2. 8. 1971	17. 8. 1971	IA 53/A, AB 479/12. GP
1973/405	Aufhebung des § 89a Abs 2 StVO 1960 durch den VfGH	14. 8. 1973	31. 5. 1974	—
1974/21	4. StVO-Novelle	11. 1. 1974	31. 5. 1974	RV 971, AB 1001/13. GP
1975/402	5. StVO-Novelle	24. 7. 1975	1. 8. 1975	RV 1515, AB 1692/13. GP
1976/412	6. StVO-Novelle	10. 8. 1976	1. 1. 1977	RV 23, AB 294/14. GP
1976/576	Berichtigung von Druckfehlern im BGBl	14. 10. 1976	15. 10. 1976	—
1977/115	7. StVO-Novelle	4. 3. 1977	1. 6. 1977	AB 424/14. GP
1977/616	8. StVO-Novelle	21. 12. 1977	22. 12. 1977	AB 650/14. GP
1979/209	Änderung der StVO 1960 durch das GGSt	18. 5. 1979	ab 19. 5. 1979	RV 1150, AB 1212/14. GP
1982/275	9. StVO-Novelle	22. 6. 1982	23. 6. 1982	RV 1045, IA 168/A, AB 1099/15. GP

BGBI	Amtliche Bezeichnung	Ausgegeben am	Inkrafttreten wesentlicher Teile	Materialien
1983/174	10. StVO-Novelle	22. 3. 1983	1. 7. 1983	RV 1188, AB 1481/15. GP
1984/253	11. StVO-Novelle	29. 6. 1984	1. 7. 1984	IA 75/A und 76/A, AB 314/16. GP
1984/450	12. StVO-Novelle	23. 11. 1984	24. 11. 1984	IA 73/A, AB 411/16. GP
1986/105	13. StVO-Novelle	28. 2. 1986	1. 5. 1986	RV 467, AB 898/16. GP
1986/449	Aufhebung des § 43 Abs 1 lit b StVO 1960 durch den VfGH	29. 8. 1986	1. 6. 1987	—
1987/213	14. StVO-Novelle	29. 5. 1987	1. 6. 1987	RV 93, AB 143/17. GP
1987/573	Aufhebung einiger Worte in § 20 Abs 3 StVO 1960 durch den VfGH	3. 12. 1987	1. 10. 1988	—
1989/86	15. StVO-Novelle	10. 2. 1989	1. 3. 1989 <sup>27)</sup>	RV 860, IA 149/A, AB 867/17. GP
1989/562	16. StVO-Novelle	30. 11. 1989	1. 12. 1989	IA 286/A, AB 1077/17. GP
1989/641	Aufhebung des § 55 Abs 8 der StVO 1960 durch den VfGH	29. 12. 1989	1. 10. 1990	—
1990/423	17. StVO-Novelle	13. 7. 1990	15. 7. 1990	IA 410/A, AB 1407/17. GP
1991/207	Aufhebung des § 5 Abs 4 a zweiter Satz sowie einer Wortfolge in § 5 Abs 4 b StVO 1960 durch den VfGH	25. 4. 1991	26. 4. 1991	—
1991/615	Aufhebung einzelner Worte in § 94 d Z 6 StVO 1960 durch den VfGH	29. 11. 1991	30. 11. 1991	—
1993/522	18. StVO-Novelle	30. 7. 1993	31. 7. 1993	IA 576/A, AB 1220/18. GP
1994/505	Hauptwohnsitzgesetz	8. 7. 1994	1. 1. 1995	RV 1334, AB 1608/18. GP
1994/518	19. StVO-Novelle	14. 7. 1994	1. 10. 1994 <sup>28)</sup>	RV 1580, AB 1711/18. GP
1994/819	Berichtigung von Druckfehlern im BGBI	11. 10. 1994	12. 10. 1994	—
1996/201	Strukturanpassungsgesetz 1996	30. 4. 1996	1. 7. 1996 <sup>29)</sup>	RV 72, AB 95/20. GP
I 1997/16	Aufhebung der Wortfolge „in Abs 2, 2a, 2b, 3 oder 4 bezeichnete“ in § 99 Abs 6 lit c StVO 1960 idF 19. StVO-Novelle durch den VfGH	28. 1. 1997	29. 1. 1997	—
I 1997/129	Aufhebung der Zahl „20“ in § 100 Abs 5 StVO 1960 durch den VfGH	20. 11. 1997	21. 11. 1997	—
I 1998/3	Änderung der StVO 1960	5. 1. 1998	6. 1. 1998	IA 651/A, AB 1040/20. GP
I 1998/92	20. StVO-Novelle	21. 7. 1998	22. 7. 1998	RV 713, AB 823, AB 1225/20. GP
I 1998/145	Erlassung eines Gefahrgutbeförderungsgesetzes sowie Änderung des Kraftfahrzeuggesetzes 1967 und der Straßenverkehrsordnung 1960	20. 8. 1998	1. 9. 1998 <sup>30)</sup>	RV 1275, AB 1336/20. GP

27) Art II aber bereits am 1. 1. 1989.

28) Ausgenommen § 24 Abs 3 lit i und § 95.

29) Bezogen nur auf den StVO-Teil.

30) Art III Z 1 aber erst am 1. 7. 1999.



BGBI	Amtliche Bezeichnung	Ausgegeben am	Inkrafttreten wesentlicher Teile	Materialien
I 1999/134	Änderung der StVO 1960	23. 7. 1999	24. 7. 1999	IA 1092/A, AB 1933/20. GP
I 2000/32	Aufhebung der Wortfolge „§ 21 und“ in § 100 Abs 5 StVO 1960 durch den VfGH	20. 6. 2000	1. 1. 2001	—
I 2000/142	Budgetbegleitgesetz 2001	29. 12. 2000	1. 1. 2001 <sup>28</sup>	RV 311, AB 369/21. GP
I 2002/32	Euro-Umstellungsgesetz Verkehr, Innovation und Technologie – EUGVIT	18. 1. 2002	1. 1. 2002 <sup>28</sup>	RV 803, AB 909
I 2002/50	Bundesstraßen-Übertragungsgesetz	29. 3. 2002	1. 4. 2002 <sup>28</sup>	IA 599/A, AB 1023/21. GP
I 2002/80	21. KFG-Novelle, Änderung der 3. und der 4. Kraftfahrzeuggesetz-Novelle sowie der Straßenverkehrsordnung 1960	24. 5. 2002	25. 5. 2002	RV 1032, AB 1081/21. GP
I 2002/128	Änderung der StVO	13. 8. 2002	1. 1. 2003	IA 544/A, AB 1210/21. GP
I 2003/59	Änderung der StVO	12. 8. 2003	13. 8. 2003	IA 162/A, AB 185/22. GP
I 2003/71	Budgetbegleitgesetz 2003	20. 8. 2003	1. 7. 2003 <sup>28</sup>	RV 59, AB 111/22. GP
I 2004/94	Änderung der StVO	30. 7. 2004	31. 7. 2004	IA 385/A, AB 582/22. GP
I 2005/15	7. FSG-Novelle und Änderung der StVO	1. 4. 2005	2. 4. 2005	RV 794, AB 817/22. GP
I 2005/52	21. StVO-Novelle	9. 6. 2005	1. 7. 2005	RV 859, AB 910/22. GP
I 2005/99	Änderung der StVO	16. 8. 2005	17. 8. 2005	IA 649/A, AB 1005/22. GP
I 2006/54	Straßentunnel-Sicherheitsgesetz – STSG und Änderung der Straßenverkehrsordnung 1960	8. 5. 2006	9. 5. 2006	RV 1328, AB 1378/22. GP
I 2006/152	Änderung der StVO	26. 9. 2006	27. 9. 2006	RV 1564, AB 1569/22. GP
I 2008/2	Änderung des BV-G und Erlassung eines Ersten Bundesverfassungsrechtsbereinigungsgesetzes	4. 1. 2008	1. 1. 2008	RV 314, AB 370/23. GP
I 2009/16	22. StVO-Novelle und Änderung des Kraftfahrzeuggesetzes 1967	25. 3. 2009	26. 3. 2009	IA 315, AB 74/24. GP
I 2009/93	12. FSG-Novelle und Änderung der StVO	18. 8. 2009	1. 9. 2009	RV 221, AB 257/24. GP

### → In Kürze

Anlässlich des 50-jährigen Bestehens der StVO wird einerseits die Entstehungsgeschichte dieses insb vom technischen Fortschritt geprägten Gesetzeswerks skizziert und andererseits ein Überblick über die seit Einführung vorgenommenen zahlreichen Änderungen verbal-inhaltlich und tabellarisch-formal zur Verfügung gestellt.

### → Zum Thema

#### Über den Autor:

Dr. Armin Kaltenecker ist Leiter des Bereichs Recht & Normen im Kuratorium für Verkehrssicherheit. Kontaktadresse: Kuratorium für Verkehrssicherheit, Schleiergasse 18, A-1100 Wien. Tel: (05) 770 77-1200; Fax: (05) 770 77-1999; E-Mail: armin.kaltenecker@kfv.at

#### Vom selben Autor erschienen:

*Kaltenecker/Koller*, Entziehung der Lenkberechtigung und Lenkverbot (2003); *Kaltenecker*, Alkohol am Steuer – Rechtsfolgen nach der 20. StVONov und der 2. FSGNov, ZVR 1998, 320; *Kaltenecker/Koller*, Der Rollschuhfahrer und seine ambivalente Rechtsnatur, ZVR 1998, 427; *Kaltenecker*, Rechtsfolgen der Alkoholbeeinträchtigung bei Radfahrern, ZVR 1999, 103; *Kaltenecker/Vergeiner*, Der Vertrauensgrundsatz der StVO – Schutz oder Tücke für Kinder? ZVR 2000, 32; *Kaltenecker*, Der Radrennfahrer in der StVO, ZVR 2002, 67; *Kaltenecker/Hnatek-Petrak*, Der Benzinscooter, ZVR 2004, 265; *Kaltenecker/Steinacher*, Österreichs Wege zu einer nachhaltigen Reduktion des Unfallrisikos junger Lenker, ZVS 2005/2, 63; *Kaltenecker*, Verkehrsrecht als Wegbereiter der Verkehrssicherheit, ZVR 2006, 67; *Kaltenecker*, 10 Jahre Führerscheinggesetz, ZVR 2007, 344.

**Literatur:**

*Dittrich*, Die Regierungsvorlage einer 3. Straßenverkehrsordnungs-Novelle, ZVR 1968, 281;  
*Hauptfleisch*, Die 10. StVO-Novelle – eine kritische Betrachtung, ZVR 1983, 134; *Nester*, Das österreichische Straßenverkehrsrecht, ZVR 1961, 150; *Stupperger*, Die 19. StVO-Novelle aus der Sicht der Verkehrssicherheit, ZVR 1994, 348;  
*Zotter*, Die technische Verkehrsüberwachung im Lichte der 22. StVO-Nov., ZVR 2009, 188.

**→ Literatur-Tipp****Pürstl, StVO<sup>12</sup> (2007)****MANZ Bestellservice:**

Tel: (01) 531 61-100,  
Fax: (01) 531 61-455,  
E-Mail: [bestellen@manz.at](mailto:bestellen@manz.at)  
Besuchen Sie unseren Webshop unter  
[www.manz.at](http://www.manz.at)

